## "Förderverein Bildungscampus Werder e.V." Vereinssatzung

# § 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen "Förderverein Bildungscampus Werder". Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden; nach der Eintragung lautet der Name "Förderverein Bildungscampus Werder e.V.".
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Werder (Havel).
- (3) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

### § 2 Zweck, Aufgaben, Gemeinnützigkeit

- (1) Die Hoffbauer gGmbH, Hermannswerder, Potsdam ist Träger der den Bildungscampus Werder bildenden Evangelischen Campus-Kita Werder, der Evangelischen Grundschule Werder sowie der Evangelischen Gesamtschule Werder (im Folgenden: Bildungseinrichtungen auf dem Bildungscampus Werder). Der Zweck des Vereins ist die Beschaffung und Weitergabe von Mitteln an die Hoffbauer gGmbH, Hermannswerder, die diese unmittelbar und ausschließlich zur Förderung der Bildung an den Bildungseinrichtungen auf dem Bildungscampus Werder verwendet. Dies meint insbesondere die Verwendung der Mittel für:
  - Die Unterstützung von Vorhaben, die zur Erweiterung und Verbesserung der p\u00e4dagogischen
    Arbeit in der Kita und den Schulen beitragen,
  - Die F\u00f6rderung und Unterst\u00fctzung von Kita- bzw. Schulveranstaltungen, Studien- und Bildungsfahrten, Sch\u00fcleraustausch, Projektwochen und -unterricht, von Sportfesten sowie von Arbeitsgemeinschaften,
  - Die Förderung einer Erweiterung der Lehrmittel- und pädagogischen Ausstattung,
  - Die Unterstützung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen auf dem Bildungscampus Werder, der Evangelischen Heilig-Geist-Kirchengemeinde Werder (Havel), der Hoffbauer gGmbH und der Hoffbauer-Stiftung Hermannswerder,

- Die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Bildungseinrichtungen auf dem Bildungscampus Werder,
- Die Vermittlung und F\u00f6rderung von Kontakten und Verbindungen zwischen ehemaligen und jeweils aktuellen Sch\u00fclerinnen und Sch\u00fclern und Lehrerinnen und Lehrern bzw. Kitakindern und Erzieherinnen und Erziehern der Bildungseinrichtungen auf dem Bildungscampus Werder.
- (2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (3) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (4) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (5) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an die Evangelische Heilig-Geist-Kirchengemeinde Werder (Havel), die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

### § 3 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person und jede juristische Person werden.
- (2) Auf Vorschlag des Vorstands kann die Mitgliederversammlung Ehrenmitglieder auf Lebenszeit ernennen.
- (3) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand zu richten ist. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere Minderjährigen, ist der Antrag auch von der / dem gesetzlichen Vertreter\*in zu unterschreiben. Diese(r) verpflichtet sich damit zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge für die / den beschränkt Geschäftsfähigen.
- (4) Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Bei Ablehnung des Antrags ist er nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.

# § 4 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluss, Streichung von der Mitgliederliste oder Austritt aus dem Verein.
- (2) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere Minderjährigen, ist die Austrittserklärung auch von der / dem gesetzlichen Vertreter\*in zu unterschreiben. Der Austritt kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden, wobei eine Kündigungsfrist von zwei Monaten einzuhalten ist.
- (3) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn nach der Absendung der zweiten Mahnung zwei Monate verstrichen sind und in dieser Mahnung die Streichung angedroht wurde. Der Beschluss des Vorstands über die Streichung soll dem Mitglied mitgeteilt werden.
- (4) Wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt, kann es durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung muss der Vorstand dem Mitglied Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Stellungnahme geben. Der Beschluss des Vorstands ist schriftlich zu begründen und dem Mitglied zuzusenden. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung einlegen. Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einzulegen. Der Vorstand hat binnen eines Monats nach fristgemäßer Einlegung der Berufung eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die abschließend über den Ausschluss entscheidet.

## § 5 Mitgliedsbeiträge

- (1) Die Mitglieder tragen durch einen Beitrag zur Finanzierung des Vereins bei. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages beträgt aktuell 24,00 EUR pro Kalenderjahr. Der jährliche Beitrag ist fällig bei Eintritt in den Verein, ansonsten zu Beginn eines jeden Kalenderjahres, zahlbar spätestens bis zum 15. Februar eines jeden Jahres. Änderungen der Beitragshöhe können von der ordentlichen Mitgliederversammlung mit 3/4–Mehrheit der anwesenden Mitglieder für die Zukunft beschlossen werden.
- (2) Ehrenmitglieder sind von der Pflicht zur Zahlung von Beiträgen und Umlagen befreit.
- (3) Der Vorstand kann in geeigneten Fällen Gebührenganz oder teilweise erlassen oder stunden.

## § 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder sind berechtigt, Einrichtungen und Anlagen des Vereins zu benutzen und an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.

# § 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

#### § 8 Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins im Sinne von § 26 BGB besteht aus der / dem Vorsitzenden, der / dem Stellvertretenden Vorsitzenden, der / dem Schriftführer\*in und der / dem Schatzmeister\*in. Zusätzlich können bis zu zwei Beisitzende in den Vorstand gewählt werden. Die Beisitzenden sind ebenfalls bei Vorstandssitzungen stimmberechtigt.
- (2) Der Verein wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten. Die Vertretungsmacht des Vorstands ist in der Weise beschränkt, dass zu Rechtsgeschäften mit einem Geschäftswert über EURO 10.000 die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich ist.

#### § 9 Zuständigkeit des Vorstands

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ des Vereins übertragen sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung;
- b) Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;
- c) Vorbereitung des Haushaltsplans, Buchführung, Erstellung des

Jahresberichts:

d) Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern.

#### § 10 Wahl und Amtsdauer des Vorstands

- (1) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet von der Wahl an, gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Zu Vorstandsmitgliedern können nur Mitglieder des Vereins gewählt werden. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitglieds.
- (2) Scheidet ein Mitglied des Vorstands vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer der / des Ausgeschiedenen eine(n) Nachfolger\*in wählen.

# § 11 Sitzungen und Beschlüsse des Vorstands

- (1) Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die von der /dem Vorsitzenden, bei deren / dessen Verhinderung von der / dem Stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen werden; die Tagesordnung braucht nicht angekündigt zu werden. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei seiner Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der / des Vorsitzenden, bei deren / dessen Abwesenheit die der / des Stellvertretenden Vorsitzenden.
- (3) Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder dem Gegenstand der Beschlussfassung zustimmen.

### § 12 Mitgliederversammlung

(1) In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen; ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten.

- (2) Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
- a) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr; Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands; Entlastung des Vorstands;
- b) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge;
- c) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands;
- d) Wahl der Kassenprüfer;
- e) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins;
- f) Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstands;
- g) Ernennung von Ehrenmitgliedern.

# § 13 Einberufung der Mitgliederversammlung

- (1) Mindestens einmal im Jahr, möglichst im ersten Quartal, soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen schriftlich oder in Textform unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekanntgegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Die Einberufung der Mitgliederversammlung kann auch per Mail erfolgen; hierbei ist ebenfalls eine Frist von zwei Wochen einzuhalten. In diesem Fall hat auch ein Aushang mit einer Frist von zwei Wochen an dem Informationsbrett des Fördervereins auf dem Bildungscampus Werder zu erfolgen.
- (2) Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor einer Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Ergänzung bekannt zu geben. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die in Mitgliederversammlungen gestellt werden, beschließt die Versammlung.
- (3) Bei Einberufung der Versammlung kann vorgesehen werden, dass Mitglieder entsprechend § 32 Absatz 2 BGB auch ohne Anwesenheit am Versammlungsort im Wege der elektronischen Kommunikation teilnehmen und ihre anderen Mitgliederrechte ausüben können.

### § 14 Außerordentliche Mitgliederversammlung

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn ein Zehntel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragt.

### § 15 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung wird von der / dem Vorsitzenden, bei deren / dessen Verhinderung von der / dem Stellvertretenden Vorsitzenden oder der / dem Schatzmeister\*in geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung die / den Versammlungsleiter\*in.

Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden.

- (2) Die Art der Abstimmung bestimmt die / der Versammlungsleiter\*in. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.
- (3) Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen gelten als ungültige Stimmen. Bei Wahlen ist die absolute Mehrheit der Stimmen, zur Änderung der Satzung die Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Auflösung des Vereins eine solche von neun Zehnteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden. Die schriftliche Zustimmung der in der Mitgliederversammlung nicht erschienenen Mitglieder kann nur innerhalb eines Monats gegenüber dem Vorstand erklärt werden.
- (4) Bei Wahlen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidat\*innen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann die Person, die die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das von dem Versammlungsleiter zu ziehende Los.
- (5) Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von der /dem jeweiligen Schriftführer\*in zu unterzeichnen ist.

# § 16 Kassenprüfer\*in

Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreis der stimmberechtigten Mitglieder zwei Kassenprüfer\*innen für eine Amtsdauer von zwei Jahren. Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die nicht dem Vorstand angehören. Den Kassenprüfer\*innen obliegt die Prüfung aller Kassen und Konten des Vereins. Die Kassenprüfer\*innen sind zur umfassenden Prüfung der

Kassen einschließlich des Belegwesens in sachlicher und rechnerischer Hinsicht berechtigt und verpflichtet. Prüfungsberichte sind in der Mitgliederversammlung vorzulegen und zu erläutern. Bei festgestellten Beanstandungen ist zuvor der Vorstand zu unterrichten.

# § 17 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von neun Zehnteln der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden (§ 15 Abs. 4).
- (2) Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind die / der Vorsitzende und die / der Stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Personen zur Liquidation.
- (3) Das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vermögen fällt an die Evangelische Heilig-Geist-Kirchengemeinde Werder (Havel) (§ 2 Abs. 4).
- (4) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.